

Vorab per E-mail: [poststelle@hkm@kultur.hessen.de](mailto:poststelle@hkm@kultur.hessen.de)

Hessischen Kultusminister  
Herrn Prof. Dr. R. Alexander Lorz  
Luisenplatz 10  
65185 Wiesbaden

Berlin, 15. August 2018

## **Offener Brief: Schulmilchprogramm, Schulverpflegung und Werbung/Sponsoring an Schulen**

Sehr geehrter Herr Kultusminister,

angesichts der verbreiteten Fehlernährung und der damit verbundenen gesundheitlichen Folgen gilt die Förderung gesunder Ernährung gerade bei Kindern und Jugendlichen als gesellschaftlich anerkanntes, politisches Ziel. Vor diesem Hintergrund kritisieren wir die Ausgestaltung des EU-Schulmilchprogramms in Hessen, die in Ihrer Verantwortung liegt.

15 Prozent der Kinder und Jugendlichen gelten als übergewichtig – ein wesentlicher Grund dafür ist eine unausgewogene Ernährung. Besonders der zu hohe Konsum gezuckerter Lebensmittel wird von Ernährungswissenschaftlern, Ärzten und etwa der Weltgesundheitsorganisation gleichermaßen bemängelt. Aus gutem Grund sehen die offiziellen, von der Bundesregierung initiierten Qualitätsstandards für die Schulverpflegung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) keine Abgabe von Milchgetränken mit Zuckerzusatz an Schüler vor.

Vor diesem Hintergrund ist es inakzeptabel, dass in Hessen weiterhin der Konsum von Kakao mit einem Zuckerzusatz von bis zu 7 Prozent mit staatlichem Geld gefördert wird. Mit Ihrer Politik leisten Sie der Fehlernährung von Kindern Vorschub, anstatt sie zu verhindern.

Mit der jüngsten Reform des Schulmilchprogramms hat die Europäische Union aus Fehlern der Vergangenheit gelernt: Grundsätzlich soll nur noch Milch ohne Zuckerzusatz gefördert werden. In der maßgeblichen Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates (VO 2016/791) wird ausdrücklich auf die „Zunahme der Zahl fettleibiger Kinder aufgrund von Ernährungstrends, bei denen in erster Linie stark verarbeitete Nahrungsmittel verzehrt werden, denen zudem oftmals hohe Mengen von Zucker, Salz, Fett oder Zusatzstoffen zugesetzt sind“, weshalb das Programm „stärker zur Förderung gesunder Ernährungsgewohnheiten“ beitragen sollte. Das macht es umso unverständlicher, dass Hessen als eines von nur vier Bundesländern in Deutschland vom Grundsatz „Kein Zuckerzusatz“ abweicht und eigens veranlasst hat, gezuckerten Kakao an den Schulen des Landes doch zuzulassen.

Den Einfluss der Milchwirtschaft auf ein vorgeblich der Gesundheitsförderung dienendes Förderprogramm sehen wir äußerst kritisch. Es ist bemerkenswert, dass genau die vier Bundesländer, die abweichend vom Grundsatz der EU Zuckerzusätze im Schulmilchprogramm zugelassen haben, auch jene vier Länder sind, deren Schulen unter anderem vom Unternehmen FrieslandCampina („Landliebe“) beliefert werden.

Es ist richtig darauf hinzuwirken, die Kalziumaufnahme von Kindern zu erhöhen. Doch weder ist Milch dafür das einzig geeignete Lebensmittel, noch ist es im Sinne der Gesundheitsförderung, Kinder über gezuckerte Produkte zu einer höheren Kalziumaufnahme zu bewegen. Genauso wenig wäre es eine gute Idee, den Konsum von Obst durch das Angebot von Obsttorte fördern zu wollen. Geeigneter dafür wäre die Teilnahme am Schulobstprogramm der EU – das wiederum ist in Hessen jedoch nicht vorgesehen.

Zusammengefasst:

**Der Zuckerkonsum von Kindern ist zu hoch und hat fatale gesundheitliche Auswirkungen. Die EU will mit ihrem Schulmilchprogramm nur Trinkmilch ohne Zuckerzusatz fördern. Gezuckerte Milchprodukte widersprechen den offiziellen Qualitätsstandards für Schulverpflegung. Sie ignorieren all dies und fördern, bezahlt vom Steuerzahler, die Abgabe gezuckerter Milchprodukte an Ihren Schulen – das ist eine unerträglich falsche Politik.**

**Wir fordern Sie auf, Ihrer Verantwortung für eine gesunde Schulverpflegung gerecht zu werden und das Schulmilchprogramm schnellstmöglich zu korrigieren, so dass der Zusatz von Zucker ausgeschlossen ist. Es muss bei der Schulverpflegung um die Gesundheit der Kinder gehen und nicht um Absatzförderung für Unternehmen und Milchwirtschaft!**

In der Verantwortung der Bundesländer liegt darüber hinaus eine Reihe weiterer Aufgaben, die zu einer Förderung einer ausgewogenen Ernährung von Kindern beitragen. Hier gilt es, Versäumtes nachzuholen – die wichtigsten Punkte: Machen Sie die DGE-Qualitätsstandards endlich zur Pflicht an den Kindergärten und Schulen in Hessen – hierauf aus Kostengründen zu verzichten bedeutet Sparen am falschen Ende. Und schließen Sie es für alle schulischen und vorschulischen Einrichtungen konsequent aus, dass Lebensmittelunternehmen mit Sponsoringmaßnahmen direkt oder indirekt versuchen, Kinder zum Konsum unausgewogener Produkte zu verführen. Schulen und Kindergärten müssen geschützte Räume werden, in denen ein ausgewogenes Ernährungsangebot garantiert ist und schädliche Einflüsse von Unternehmen ausgeschlossen sind!

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Huizinga  
Leiter Recherche und Kampagnen



Martin Rücker  
Geschäftsführung

Vorab per E-mail: [poststelle@umwelt.hessen.de](mailto:poststelle@umwelt.hessen.de)

Hessische Ministerin für Umwelt, Klimaschutz,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Frau Priska Hinz  
Mainzer Straße 80  
65189 Wiesbaden

Berlin, 15. August 2018

## **Offener Brief: Schulmilchprogramm, Schulverpflegung und Werbung/Sponsoring an Schulen**

Sehr geehrte Frau Ministerin,

angesichts der verbreiteten Fehlernährung und der damit verbundenen gesundheitlichen Folgen gilt die Förderung gesunder Ernährung gerade bei Kindern und Jugendlichen als gesellschaftlich anerkanntes, politisches Ziel. Vor diesem Hintergrund kritisieren wir die Ausgestaltung des EU-Schulmilchprogramms in Hessen, die in Ihrer Verantwortung liegt.

15 Prozent der Kinder und Jugendlichen gelten als übergewichtig – ein wesentlicher Grund dafür ist eine unausgewogene Ernährung. Besonders der zu hohe Konsum gezuckerter Lebensmittel wird von Ernährungswissenschaftlern, Ärzten und etwa der Weltgesundheitsorganisation gleichermaßen bemängelt. Aus gutem Grund sehen die offiziellen, von der Bundesregierung initiierten Qualitätsstandards für die Schulverpflegung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) keine Abgabe von Milchgetränken mit Zuckerzusatz an Schüler vor.

Vor diesem Hintergrund ist es inakzeptabel, dass in Hessen weiterhin der Konsum von Kakao mit einem Zuckerzusatz von bis zu 7 Prozent mit staatlichem Geld gefördert wird. Mit Ihrer Politik leisten Sie der Fehlernährung von Kindern Vorschub, anstatt sie zu verhindern.

Mit der jüngsten Reform des Schulmilchprogramms hat die Europäische Union aus Fehlern der Vergangenheit gelernt: Grundsätzlich soll nur noch Milch ohne Zuckerzusatz gefördert werden. In der maßgeblichen Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates (VO 2016/791) wird ausdrücklich auf die „Zunahme der Zahl fettleibiger Kinder aufgrund von Ernährungstrends, bei denen in erster Linie stark verarbeitete Nahrungsmittel verzehrt werden, denen zudem oftmals hohe Mengen von Zucker, Salz, Fett oder Zusatzstoffen zugesetzt sind“, weshalb das Programm „stärker zur Förderung gesunder Ernährungsgewohnheiten“ beitragen solle. Das macht es umso unverständlicher, dass Hessen als eines von nur vier Bundesländern in Deutschland vom Grundsatz „Kein Zuckerzusatz“ abweicht und eigens veranlasst hat, gezuckerten Kakao an den Schulen des Landes doch zuzulassen.

Den Einfluss der Milchwirtschaft auf ein vorgeblich der Gesundheitsförderung dienendes Förderprogramm sehen wir äußerst kritisch. Es ist bemerkenswert, dass genau die vier Bundesländer, die abweichend vom Grundsatz der EU Zuckerzusätze im Schulmilchprogramm zugelassen haben, auch jene vier Länder sind, deren Schulen unter anderem vom Unternehmen FrieslandCampina („Landliebe“) beliefert werden.

Es ist richtig darauf hinzuwirken, die Kalziumaufnahme von Kindern zu erhöhen. Doch weder ist Milch dafür das einzig geeignete Lebensmittel, noch ist es im Sinne der Gesundheitsförderung, Kinder über gezuckerte Produkte zu einer höheren Kalziumaufnahme zu bewegen. Genauso wenig wäre es eine gute Idee, den Konsum von Obst durch das Angebot von Obsttorte fördern zu wollen. Geeigneter dafür wäre die Teilnahme am Schulobstprogramm der EU – das wiederum ist in Hessen jedoch nicht vorgesehen.

Zusammengefasst:

**Der Zuckerkonsum von Kindern ist zu hoch und hat fatale gesundheitliche Auswirkungen. Die EU will mit ihrem Schulmilchprogramm nur Trinkmilch ohne Zuckerzusatz fördern. Gezuckerte Milchprodukte widersprechen den offiziellen Qualitätsstandards für Schulverpflegung. Sie ignorieren all dies und fördern, bezahlt vom Steuerzahler, die Abgabe gezuckerter Milchprodukte an Ihren Schulen – das ist eine unerträglich falsche Politik.**

**Wir fordern Sie auf, Ihrer Verantwortung für eine gesunde Schulverpflegung gerecht zu werden und das Schulmilchprogramm schnellstmöglich zu korrigieren, so dass der Zusatz von Zucker ausgeschlossen ist. Es muss bei der Schulverpflegung um die Gesundheit der Kinder gehen und nicht um Absatzförderung für Unternehmen und Milchwirtschaft!**

In der Verantwortung der Bundesländer liegt darüber hinaus eine Reihe weiterer Aufgaben, die zu einer Förderung einer ausgewogenen Ernährung von Kindern beitragen. Hier gilt es, Versäumtes nachzuholen – die wichtigsten Punkte: Machen Sie die DGE-Qualitätsstandards endlich zur Pflicht an den Kindergärten und Schulen in Hessen – hierauf aus Kostengründen zu verzichten bedeutet Sparen am falschen Ende. Und schließen Sie es für alle schulischen und vorschulischen Einrichtungen konsequent aus, dass Lebensmittelunternehmen mit Sponsoringmaßnahmen direkt oder indirekt versuchen, Kinder zum Konsum unausgewogener Produkte zu verführen. Schulen und Kindergärten müssen geschützte Räume werden, in denen ein ausgewogenes Ernährungsangebot garantiert ist und schädliche Einflüsse von Unternehmen ausgeschlossen sind!

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Huizinga  
Leiter Recherche und Kampagnen



Martin Rücker  
Geschäftsführung